

ICH SEH' DAS ANDERS: FÜR DAS RECHT AUF MEINUNGSFREIHEIT

AMNESTY
INTERNATIONAL 



© Amnesty International

Amnesty-Protestaktion vor der türkischen Botschaft in Berlin für die Freilassung inhaftierter Medienschaffender (Mai 2017)

SIEHST DU DIE DINGE MANCHMAL ANDERS?

Stell dir vor, du kritisierst die Regierung oder machst Missstände öffentlich und wirst dafür inhaftiert und bestraft. Stell dir vor, Medien und Behörden enthalten dir wichtige Informationen vor. Unvorstellbar? **In vielen Ländern der Welt ist dies traurige Realität: Wer sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnimmt oder einfordert, wird bedroht, gefoltert oder sogar ermordet.**

MEINUNGSFREIHEIT IST EIN MENSCHENRECHT

Meinungs- und Informationsfreiheit sind Grundlage jeder demokratischen Ordnung. Sie ermöglichen den friedlichen Wettbewerb unterschiedlicher Ideen in einer vielfältigen und gleichberechtigten Gesellschaft. Gewalt beginnt dort, wo andere Meinungen nicht mehr wahrgenommen werden und die eigene Ansicht über die anderer Menschen gestellt wird. Wo das Recht auf

Meinungsfreiheit eingeschränkt wird, sind meist auch weitere Menschenrechte gefährdet. Denn unter Ausschluss der Öffentlichkeit lassen sich Menschenrechtsverletzungen ungestört und ungestraft begehen. Viele Regierungen fürchten daher um ihre Macht, wenn Menschen gut informiert sind und viele verschiedene Ansichten diskutieren.

Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte:

„Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinung und freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, sich Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu beschaffen, zu empfangen und zu verbreiten.“

AMNESTY SETZT SICH FÜR MEINUNGS- UND INFORMATIONSFREIHEIT EIN

Der Einsatz für Menschen, die ihre Meinung nicht frei äußern können, führte 1961 zur Gründung von Amnesty International.

Am 28. Mai 1961 veröffentlichte der britische Anwalt Peter Benenson seinen Artikel „Die vergessenen Gefangenen“ auf der Titelseite der Zeitung „The Observer“. Der erste Satz lautete: „Schlagen Sie Ihre Zeitung an irgendeinem beliebigen Tag auf, und Sie werden eine Meldung aus irgendeinem Teil der Welt lesen: Ein Mensch ist eingekerkert, gefoltert, hingerichtet worden, weil seine Ansichten oder religiösen Überzeugungen nicht mit denen der Regierung übereinstimmen.“ Benenson rief dazu auf, mit Appellschreiben öffentlichen Druck auf die Regierungen zu machen und von ihnen die Freilassung politischer Gefangener zu fordern. Dieser „Appeal for Amnesty“ war der Beginn von Amnesty. Auch mehr als 60 Jahre später setzt sich Amnesty nach wie vor für Menschen ein, die staatliche Willkür anprangern und die Menschenrechte verteidigen – egal ob sie dies mit friedlichen Protesten tun, in Publikationen oder im Internet.

Besonders die Sozialen Medien bieten inzwischen nie dagewesene Möglichkeiten, über alle Grenzen hinweg zu kommunizieren. Gleichzeitig gehen immer mehr Regierungen rigoros gegen die Meinungsfreiheit im Netz vor und überwachen und zensieren. Dadurch geraten auch Netzaktivist*innen, Blogger*innen und Journalist*innen verstärkt ins Visier von Behörden, wie auch die Verfolgung der Friedensnobelpreisträgerin Maria Ressa durch die philippinischen Behörden zeigt.

PHILIPPINEN: FRIEDENSNOBELPREIS FÜR KAMPF UM MEINUNGSFREIHEIT

Maria Ressa wurde mit investigativen Berichten über Korruption, Machtmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen zu einer weltweiten Ikone der Pressefreiheit. Die Mitbegründerin der Nachrichtenwebsite „Rappler“ hat die Brutalität und weit verbreitete Straflosigkeit im Zusammenhang mit dem tödlichen „Krieg gegen Drogen“ des ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte öffentlich gemacht. Philippinische Behörden gehen immer wieder gegen das regierungskritische Nachrichtenportal vor. Auch gegen Maria Ressa sind seit 2018 etliche Strafverfahren eröffnet worden. Im Juni 2020 wurde sie nach der Veröffentlichung einer Reportage schuldig gesprochen wegen angeblicher Verleumdung im Internet. Das Strafmaß steht weiterhin aus. Amnesty International betrachtet den Schuldspruch als Angriff auf die Pressefreiheit und hat sich mit mehreren Urgent Actions und Briefen gegen das Vergessen immer wieder für die Journalistin eingesetzt.

Im Oktober 2021 erhielt Maria Ressa gemeinsam mit dem russischen Journalisten Dmitri Muratow von der Novaya Gazeta den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für die Meinungsfreiheit – ein Sieg für den unabhängigen, kritischen Journalismus auf den Philippinen und in Russland und für die Meinungsfreiheit weltweit. Im Januar 2023 wurde Maria Ressa vom politisch motivierten Vorwurf der Steuerhinterziehung freigesprochen. Amnesty fordert die philippinischen Behörden auf, auch die Verleumdungsklagen und weitere gegen Maria Ressa erhobene Vorwürfe fallen zu lassen, damit sie ihre Arbeit ungehindert fortsetzen kann.



Wurden am 10. Dezember 2021 in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet: Die philippinische Journalistin Maria Ressa und der russische Journalist Dmitri Muratow.

VENEZUELA: CARLOS DEBIAIS WIEDER FREI

Medienschaffende wie Journalist*innen und Fotograf*innen spielen eine wichtige Rolle für die Wahrung der Meinungs- und Informationsfreiheit. Doch deshalb sind sie auch immer wieder Repressionen ausgesetzt, wie der Fall von Carlos Debiais zeigt. Im November 2021 filmt der venezolanische Fotograf die Bucht von Amuay, die in der Nähe der Raffinerie des staatlichen Erdölunternehmens PDVSA liegt. Daraufhin wird er festgenommen und in der Hauptstadt Caracas unter anderem wegen „Terrorismus“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“ angeklagt. Obwohl auf seiner Kamera nur legale Bilder von der Bucht zu finden sind, wird der Fotograf im Februar 2022 zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafe wird zur Bewährung ausgesetzt, doch er bleibt weiterhin inhaftiert. Selbst als im April 2022 seine Freilassung angeordnet wird, wird er nicht aus der Haft entlassen.



Carlos Debiais

Im Mai 2022 startet Amnesty International eine Eilaktion für die Freilassung des Fotografen. Tausende Menschen senden Appelle an die venezolanischen Behörden – mit Erfolg: Am 6. Juni 2023 kommt Carlos Debiais frei. Später schreibt er Amnesty: „Ich möchte euch in meinem Namen und im Namen meiner Familie für den fabelhaften Einsatz danken, mit dem ihr meinen Fall bekannt gemacht und mir in einer komplizierten Lage geholfen habt. Zum Glück bin ich nun frei. Ganz herzlichen Dank an die gesamte Amnesty-Familie.“

WERDE AKTIV FÜR MEINUNGSFREIHEIT!

Setze dich für Menschen in Not und Gefahr ein und mach mit bei Eilaktionen von Amnesty International: [amnesty.de/urgent-actions](https://www.amnesty.de/urgent-actions)

Melde dich an für Briefaktionen und Informationen von unserem Themennetzwerk Meinungsfreiheit: netzwerk-meinungsfreiheit@amnesty.de

Engagiere dich ehrenamtlich in der Amnesty-Themengruppe Meinungsfreiheit: [amnesty-meinungsfreiheit.de](https://www.amnesty.de)

AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit mehr als zehn Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen. Gemeinsam setzen sie sich mit Mut, Kraft und Kreativität für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

Amnesty ist insbesondere aktiv

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten, oder die wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder wegen rassistischer Zuschreibungen verfolgt werden
- für die Rechte von Menschen auf der Flucht
- für die Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Rechte von schwulen, lesbischen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
- für den Schutz derjenigen, die die Menschenrechte verteidigen
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- für das Recht auf Privatsphäre
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Verantwortlichen
- für eine menschenrechtsbasierte Klimapolitik
- gegen Rassismus und Diskriminierung

Amnesty finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben.

Dein Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit: [amnesty.de/spenden](https://www.amnesty.de/spenden)



AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND E. V.

Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-488 · E: info@amnesty.de · W: [amnesty.de](https://www.amnesty.de)
SPENDENKONTO · DE23 3702 0500 0008 0901 00 · Bank für Sozialwirtschaft · BFSWDE33XXX

© Amnesty International, Dezember 2023, V.i.S.d.P. Daniel Kreuz, Art.-Nr. 42123
Titelfoto: Regierungskritischer Protest in der tunesischen Hauptstadt Tunis
© Yassine Gaidi / Anadolu Agency

twitter.com/amnesty_de [instagram.com/amnestydeutschland](https://www.instagram.com/amnestydeutschland)
 [facebook.com/amnestydeutschland](https://www.facebook.com/amnestydeutschland)

